

Zur Entscheidung an:

Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg

Anlage:

Wirtschaftsplan des ZAK für die Wirtschaftsjahre 2021 und 2022

I. Entwurf des Wirtschaftsplans für die Wirtschaftsjahre 2021 und 2022

II. Es wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Kahlenberg beschließt den Wirtschaftsplan für die Jahre 2021 und 2022.

III. Begründung

Der Entwurf des Wirtschaftsplans für die Wirtschaftsjahre 2021 und 2022 ist der Beratungsunterlage als Anlage beigefügt.

1. Erfolgsplan 2021

Im Erfolgsplan sind im Jahr 2021 Erträge und Aufwendungen in Höhe von 28.932.300 Euro ausgewiesen; rund 1.181.000 Euro mehr als im Jahr 2019.

Mehraufwendungen ergeben sich insbesondere bei folgenden Konten:

59730 Entsorgungskosten (rund +1.267.000 Euro), Seite 4

Es wird von einer weiteren Kostensteigerung für die Entsorgungskosten von Abfällen und Ersatzbrennstoffen ausgegangen.

55/56 Personalaufwand (rund +650.000 Euro), Seite 4

Es wird eine Tarifierhöhung von rund 264.000 Euro (Planansatz: 2,5 %, aktuelle Verhandlungsergebnisse: 1,4% im April 2021, 1,8% im April 2022) berücksichtigt. Des Weiteren sind ca. 21.000 Euro für Stufensteigerungen im öffentlichen Dienst angesetzt. Für das Projekt „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ sind im Jahr 2021 drei Planstellen vorgesehen.

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenumlage und der Entnahme aus der Nachsorge-Rückstellung werden gegenüber dem Jahr 2019 geringere Einnahmen aus Schrotterlösen und aus geringeren Anlieferungen sonstiger Abfälle durch Dritte in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro veranschlagt (Seite 3 / Seite 9).

Aufgrund dieser Mindereinnahmen sowie den Mehraufwendungen muss die Betriebskostenumlage, die der Ortenaukreis und der Landkreis Emmendingen entsprechend der angelieferten Abfallmenge tragen, von 22.915.478 Euro in 2019 auf 24.682.200 Euro erhöht werden.

2. Erfolgsplan 2022

Im Erfolgsplan für das Jahr 2022 sind Erträge und Aufwendungen in Höhe von 28.945.700 Euro geplant; 13.400 Euro mehr als im Jahr 2021.

Es ergeben sich keine großen Abweichungen zum Jahr 2021. Tarifierhöhungen sowie inflationsbedingte Anpassungen sind berücksichtigt. Für das Projekt „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ sind im Jahr 2022 drei Planstellen vorgesehen.

Die Betriebskostenumlage beläuft sich auf 24.652.800 Euro.

3. Vermögensplan

Die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts betragen im Jahr 2021 19.751.600 Euro und im Jahr 2022 9.699.400 Euro. Folgende Ausgaben sind geplant:

	2021	2022
- Investitionen einschl. Vorräte	18.103.000 Euro	8.010.000 Euro
- Auflösung Ertragszuschüsse	79.400 Euro	79.400 Euro
- Entnahme aus Rückstellungen	1.569.200 Euro	1.610.000 Euro

Die hohen Investitionen sind im Wesentlichen auf das Projekt „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ zurückzuführen. Den geplanten Investitionskosten stehen Zuschüsse des Umweltministeriums in Höhe von 7,5 Mio. Euro gegenüber.

4. Stellenplan und mittelfristige Finanzplanung

Der Stellenplan weist für das Jahr 2021 90,0 Planstellen und für das Jahr 2022 93,0 Planstellen aus (Seite 6 / Seite 26).

Die mittelfristige Finanzplanung (Seite 27) zeigt die Entwicklung bis zum Jahr 2024.

Bedingt durch das Projekt „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen (EBS)“ steigen die Einnahmen (u.a. innere Darlehen) sowie Ausgaben (u.a. Investitionen) im Jahr 2021 auf 19,75 Mio. Euro an.

Im Jahr 2022 sinken sie auf 9,69 Mio. Euro, da dann der Großteil der Projektinvestition getätigt wäre.

Ab dem Jahr 2023 steigen die Einnahmen auf 11,59 Mio. Euro. Grund hierfür ist die Zuführung der Mittel aus der Gewährung der inneren Darlehen.

Im Jahr 2024 sinken die Einnahmen auf 8,66 Mio. Euro. Eine Tilgung des inneren Darlehens erfolgt.

Im Jahr 2024 soll das Projekt „Neue Mitte“ in Angriff genommen werden. Es handelt sich hierbei um die Erweiterung der Deponie, Deponieklasse DK II.

Tarifierhöhungen sowie inflationsbedingte Anpassungen sind berücksichtigt.

Eine Aufnahme von Fremdkrediten ist im Betrachtungszeitraum nicht geplant.